

Änderungsantrag

**der Abgeordneten Andrea Lederer, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1992

hier: Einzelplan 06

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

– Drucksachen 12/1000 Anlage, 12/1329, 12/1406, 12/1600 –

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 06 02 wird der Titel 684 05 – Globalzuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit – um 9 500 TDM erhöht zugunsten der Stiftung „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.“.

Bonn, den 21. November 1991

Andrea Lederer
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

„Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.“

Politik ist heute weniger denn je ohne sozialwissenschaftliche Forschungen und darauf fußende politische Öffentlichkeitsarbeit erfolgreich zu gestalten. Den etablierten Parlamentsparteien in der Bundesrepublik Deutschland stehen zum großen Teil bereits seit vielen Jahren parteinahe, rechtlich jedoch parteiunabhängige Stiftungen (überwiegend in der juristischen Form von eingetragenen Vereinen) zur Seite, die politische Entscheidungsfindungen durch wissenschaftliche Analysen und Studien fundiert vorbereiten. Durch eine Vielzahl unterschiedlichster Veranstaltungen fördern sie die politische Bildung der Wahlbevölkerung und pflegen die Auslandskontakte der jeweiligen Parteien. Der eingetragene Verein „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung“ ist bereit, diese Aufgaben als parteinahe Stiftung der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) zu übernehmen.

Der eingetragene Verein „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung“ wurde im November 1990 gegründet. Er verfolgt mit der

Förderung von politischer Bildung, Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur sowie der internationalen Verständigung und Zusammenarbeit ausschließlich gemeinnützige Zwecke. Er will damit einen Beitrag zur Entfaltung freien Denkens und solidarischen Handelns in humanistischem, demokratischem und internationalistischem Geiste leisten.

In der Satzung des Vereins wird zu Zweck und Aufgaben ausgeführt: „Mit Blick auf zentrale Fragen der Zukunft und eingedenk der historischen Erfahrungen ist der Verein folgenden Werten und Zielen verpflichtet:

- der Schaffung ausreichender Existenzgrundlagen für die freie Entfaltung der Individuen;
- der Stärkung des Selbstbewußtseins aller Menschen und ihrer Kompetenz, ihre Lebenszusammenhänge gemeinschaftlich selbst zu gestalten; der Überwindung aller Formen der Entfremdung gegenüber der Gesellschaft;
- einer menschlichen Werten untergeordneten Gestaltung künftiger Technologien sowie ihrer sozialen und ökologischen Folgen;
- der Humanisierung der Arbeitswelt und der Erweiterung der demokratischen Mitgestaltung der Wirtschaft;
- der Förderung einer gesunden Entwicklung von Mensch und Natur;
- der Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft nach ökologischen Kriterien;
- der Überwindung patriarchaler Gesellschafts- und Familienstrukturen; der Gleichstellung der Geschlechter;
- dem konsequenten Antifaschismus sowie der Überwindung aller Formen nationaler, rassistischer und sexueller Diskriminierung;
- der friedlichen Lösung gesellschaftlicher Konflikte sowie der weltweiten Demilitarisierung;
- dem Denken in globalen Zusammenhängen sowie der partnerschaftlichen internationalen Zusammenarbeit auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker;
- der weltanschaulichen Toleranz; der kulturvollen Gestaltung des Alltags und der geistigen und politischen Auseinandersetzung;
- dem freien Austausch über gesellschaftspolitische Vorstellungen, insbesondere des demokratischen Sozialismus (§ 2 Abs. 2).

Der Zweck und die Ziele des Vereins sollen vor allem erreicht werden durch:

- vielfältige, öffentliche Bildungsangebote;
- Förderung wissenschaftlicher Forschung zu Geschichte, Gegenwart und Zukunft entsprechend den Aufgaben des Vereins;
- Kooperation mit anderen Institutionen und den Aufbau eigener Einrichtungen;

- Herausgabe und Förderung ein- und mehrsprachiger Veröffentlichungen;
- Förderung begabter junger Wissenschaftler/Wissenschaftlerinnen sowie Studenten/Studentinnen aus dem In- und Ausland durch Stipendien und Förderkurse;
- Aufbau und Unterhaltung von Archiven und Informationsstellen entsprechend den Aufgaben des Vereins;
- Aufbau und Förderung von Bildungs- und Begegnungsstätten und
- Förderung von Kontakten und Projekten im internationalen Bereich, insbesondere in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.“

Der eingetragene Verein „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung“ hat von der PDS die Anerkennung als parteinahe Stiftung erhalten. Er leistet offensichtlich eine so überzeugende und wissenschaftlich fundierte Arbeit, daß ein Beobachter der „Bundeszentrale für Politische Bildung“ die Anerkennung befürwortet hat. Aufgrund der Maßnahmen der Treuhandanstalt und der „Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ bestand und besteht seitens der PDS keine Möglichkeit, die Tätigkeit dieser parteinahen Stiftung finanziell zu unterstützen; ein solches Verfahren wäre auch nicht üblich und würde berechnete Zweifel an der Unabhängigkeit einer solchen Stiftung aufkommen lassen.

Die Höhe der beantragten Mittel – 9,5 Mio. DM – entspricht der Summe, die 1991 und 1992 für die parteinahe Stiftung der GRÜNEN veranschlagt worden ist (Sockelbetrag inklusive Mittel für die Schaffung von Bildungsstätten).

Nachdem der Haushaltsausschuß und das Bundesministerium des Innern die Weitergewährung von Globalzuschüssen an die parteinahe Stiftung der GRÜNEN in Höhe des Ansatzes für 1991 (9 Mio. DM) beschlossen haben, obwohl DIE GRÜNEN seit Dezember 1990 nicht mehr im Deutschen Bundestag vertreten sind und obwohl kein Antrag der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Anerkennung dieser parteinahen Stiftung der GRÜNEN (West) vorgelegt werden mußte, wäre die Ablehnung unseres Antrags eine politisch motivierte Entscheidung des Parlaments und ein eklatanter Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz.

Es wäre auch nur schwer erklärlich, weshalb die Stiftung einer neu in den Bundestag eingezogenen Partei keine Mittel erhalten soll, während bisherige Stiftungen sogar mit einer Aufstockung der Mittel rechnen dürfen (vgl. Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses, S. 3).

